

## Bundestagswahl 2005 - Versagen der Demoskopen ?

Kaum ein Wahlergebnis hat auch Journalisten und Politiker so sehr überrascht wie der Ausgang der Bundestagswahl 2005. Insbesondere Gerhard Schröder hat in diesem Kontext in seiner gewohnt eloquenten und zuspitzenden Art der kommentierenden Medienzunft wiederholt vorgeworfen, dass sie seine Wahlchancen im Wahlkampf 2005 „niedergeschrieben“ habe. Der Vorwurf Schröders entbehrte nicht einer gewissen Grundlage, war aber zweifelsfrei übertrieben und hatte primär die propagandistische Funktion, das endgültige Scheitern von Schröder und Rot-Grün zu kaschieren.

Matthias Jung, Vorstand der Forschungsgruppe Wahlen e.V., Mannheim 26.6.2009

---

Die Sicherheit eines anstehenden Regierungswechsels und das Ende der Amtszeit von Gerhard Schröder entsprang dabei gar nicht unbedingt dem Wunsch aller Kommentatoren. Es war vielmehr die fast einhellige Bewertung der politischen Lage nach der als „Rücktritt“ empfundenen Initialisierung von Neuwahlen durch die SPD nach einer Reihe von vernichtenden Wahlniederlagen in den Ländern, die im Machtwechsel in Nordrhein-Westfalen im Mai 2005 gipfelte. Nach den ungeschriebenen Gesetzen der Politik musste das eigentlich das Ende der Ära Schröder zur Folge haben. Die Abwahl schien nur eine Formsache. Doch fast alle hatten die Kampfeslust Schröders und die handwerklichen Fehler der CDU-Wahlkampfführung unterschätzt, die auch die Bundestagswahl 2005 auf den letzten Metern wieder offen werden ließen.

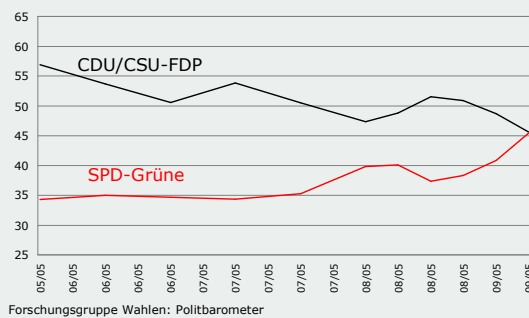
Die Journalisten jedenfalls reichten den Vorwurf der politischen Fehleinschätzung umgehend weiter: Die Demoskopen waren schuld, denn die hatten ja schon im Mai, nach der NRW-Wahl „prognostiziert“, dass die Union zusammen mit der FDP die Wahl haushoch gewinnen wird. Und in der Tat vermeldete das Politbarometer vom 27. Mai 2005 – also unmittelbar nach der NRW-Wahl einen Stimmungswert von 52 Prozent für die CDU/CSU und 5 Prozent für

die FDP. Dies war allerdings das Ergebnis auf die Frage gewesen, was die Wähler wählen würden, wenn am nächsten Sonntag Wahl wäre. Nur: die Bundestagswahl fand nicht am nächsten Sonntag statt, sondern erst Ende September – und kein seriöser Wahlforscher käme auf die Idee, aus einer realistischen Stimmungsmessung im Mai 2005 einen Wahlausgang vier Monate später ableiten zu wollen. Und in der Tat lieferten die nachfolgenden Umfragen einen rapiden Verfall des Vorsprungs von Schwarz-Gelb je mehr der Wahlkampf an Fahrt aufnahm und je mehr der Wahlkämpfer Schröder die Steilvorlagen des „Professors aus Heidelberg“ zu Traumtoren verwandelte. Diesen Prozess hat das Politbarometer korrekt nachgezeichnet, ohne dabei jemals den Anspruch zu erheben, mit dieser Serie von Stimmungsmessungen ein Wahlergebnis für Ende September prognostizieren zu wollen<sup>1</sup>.

---

<sup>1</sup> In der ausführlichen Textfassung des Politbarometers heißt es dort in jeder Ausgabe: „Da mit Umfragen aber immer nur Stimmungen in der Bevölkerung zum Zeitpunkt der Befragung gemessen werden, sind Schlussfolgerungen auf eine mögliche Wahlentscheidung an einem weit entfernten Wahltag nicht zulässig.“

### Politische Stimmung 2005 seit der NRW-Wahl



Diese Beschreibung des Meinungsbildungsprozesses im Wahlkampf 2005 fand ihren Abschluss in der Pressemeldung zum ZDF-Politbarometer vom 9. September 2005, die die Überschrift trug: „Schwarz-Gelb verliert die Mehrheit – Schröder deutlich vor Merkel“. Diesen Befund hatte das letzte Politbarometer zehn bis zwölf Tage vor der Wahl in Deutschland zum damaligen Zeitpunkt ermittelt. Kein Grund also, am 18. September überrascht gewesen zu sein, dass es für Schwarz-Gelb am Wahltag nicht reichte.

Die Umfrage in der Woche unmittelbar vor der Wahl, welche die Stimmungsverbesserung für die FDP aufgrund der einsetzenden Koalitionsdebatte aufzeigte, durfte aufgrund der generellen Vereinbarung zwischen den Chefredaktionen von ARD und ZDF wie üblich nicht veröffentlicht werden<sup>2</sup>.

Vergleicht man die letzte veröffentlichte Stimmungsmessung der Forschungsgruppe Wahlen mit dem endgültigen Wahlergebnis, dann ergeben sich die folgenden Differenzen:

<sup>2</sup> Es soll hier allerdings nicht verschwiegen werden, dass das einzige Institut, das für sich die Qualität einer Prognose beansprucht, das Institut für Demoskopie Allensbach, in der FAZ einen Tag vor der Bundestagswahl eine Mehrheit von Schwarz-Gelb voraussagte und auch FORSA, das am Donnerstag vor der Wahl publizierte, mit seinen Mittelwerten eine schwarz-gelbe Mehrheit nahe legte.

### Politbarometer 6.-8.9.2005

	SPD	Grüne	Linke	Sons.	CDU/CSU	FDP
Wahlergebnis	34,2	8,1	8,7	4,0	35,2	9,8
ZDF 9.9.2005	34,0	7,0	8,0	3,0	41,0	7,0
Differenz	0,2	1,1	0,7	1,0	-5,8	2,8

Forschungsgruppe Wahlen: Politbarometer

Dies zeigt, dass das linke politische Lager trotz der Fehlerbereiche zufallsbasierter Stichproben in seiner Summe und seinen einzelnen Werten recht gut getroffen ist und die Veränderungen zum tatsächlichen Wahlergebnis knapp zwei Wochen später dem Trend der vorausgegangenen Wochen entsprechen. Größere Unterschiede lassen sich hingegen bei den Stärkeverhältnissen innerhalb des bürgerlichen Lagers feststellen: Die Union erscheint überschätzt, die FDP unterschätzt. In diesem Zusammenhang muss man sich vergegenwärtigen, dass wechselbereite Wähler in der Regel weniger auf eine bestimmte Partei, sondern eher auf ein Lager oder eine bestimmte Koalition festgelegt sind und der endgültige Entscheidungsprozess in diesen Wählergruppen zumeist erst Ende der Woche vor der Wahl stattfindet. So hatten in dem gut zehn Tage vor der Wahl erhobenen Politbarometer noch 22 Prozent aller Befragten gesagt, dass sie noch unsicher sind, ob und wen sie wählen wollen.

Die letzte Woche vor der Wahl war durch Spekulationen über zu erwartende Koalitionen geprägt, nachdem die Umfragen von ARD und ZDF signalisierten, dass ein Sieg von schwarz-gelb keineswegs gesichert erschien. In dieser Konstellation entschied sich ein erheblicher Teil der Wähler im Zwischenbereich von Union und FDP letztlich für die FDP. Dadurch sollte aus deren Sicht die Option für eine schwarz-gelbe Koalition sichergestellt werden und gleichzeitig woll-

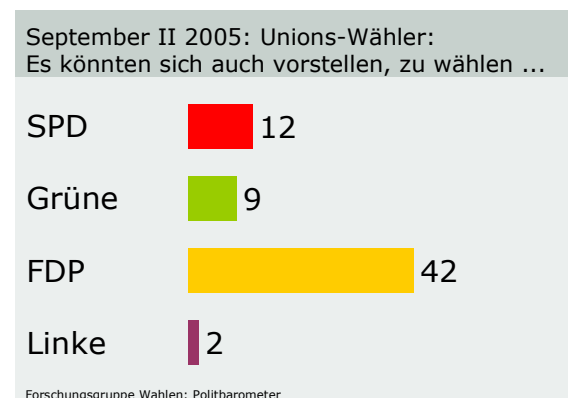
te man mit der eigenen Stimme nicht eine Koalition der Union mit den Sozialdemokraten mitverantworten, die eine Woche vor der Wahl plötzlich im Bereich des Denkbaren lag. Ein deutliches Indiz stellt dabei auch der unmittelbar vor der Wahl erhobene Befund dar, nach dem 41 Prozent der Wähler der FDP eigentlich eine Präferenz („Partei, die am besten gefällt“) für die Unionsparteien aufwiesen.



Insofern sind die knapp zwei Wochen vor der Wahl gemessenen Werte für die Parteien **ausgesprochen plausibel** und können keineswegs als ein Debakel der Demoskopie bezeichnet werden.

Aber nicht nur die notorische Fehlinterpretation von Stimmungsmessungen und Beschreibungen von dynamischen Meinungsbildungsprozessen als Prognosen haben zu dieser Fehlbewertung geführt. Ganz generell findet eine viel zu starke mediale Fokussierung auf die Sonntagsfrage und eine daraus resultierende Unterteilung der Wahlberechtigten in Anhänger der einzelnen Parteien statt. Dies wird jedoch der Wirklichkeit gelockerter Bindungen an die Parteien und hochvolatiler Wählerschaften nicht mehr gerecht. Deshalb hat die Forschungsgruppe Wahlen seit der Bundestagswahl 2002 die traditionellen Parteiindi-

katoren durch eine regelmäßige Potentialabfrage für die einzelnen Partei ergänzt. Diese zeigt, dass der ganz überwiegende Teil der Wähler grundsätzlich für mehr als eine Partei erreichbar ist. Mit Hilfe dieses Instruments lässt sich zeigen, dass sich ein erheblicher Teil der Wähler nicht nur in spezifischen Lagern beheimatet fühlt und dezidierte Koalitionspräferenzen besitzt, sondern auch selbst mit seiner Stimme zwischen den Parteien „seines“ Lagers rochieren kann. Diese Bereitschaft war auch noch gut eine Woche vor der Bundestagswahl 2005 deutlich ausgeprägt.



Gut eine Woche vor der Wahl, konnten sich 42 Prozent derjenigen, die in der Umfrage eine Wahlabsicht zugunsten der Union zu Protokoll gaben, vorstellen, auch die FDP zu wählen. So gesehen wäre noch viel mehr Bewegung innerhalb des bürgerlichen Lagers zugunsten der FDP möglich gewesen, als dann tatsächlich stattgefunden hat.